

VIELSCHICHTIGE KRISE IN SPANIEN.

Zusätzlich zu der Gesundheitskrise in Spanien kommen die wirtschaftliche, soziale, territoriale, ökologische sowie die politische und institutionelle Krisen hinzu, die sich seit der Flucht von Juan Carlos I. in die Vereinigten Arabischen Emirate verschärft hat • Die Spannungen in der Koalitionsregierung zwischen PSOE und Unidas Podemos (UP) treten in einem Moment ans Tageslicht, in dem die Zustimmung des Staatshaushaltes die größte Herausforderung für die Koalitionsregierung darstellt



Sato Díaz | @JDSato
Artikel beendet am 15/09/2020

Das Jahr 2020 geht seinem Ende zu und in der Zukunft wird dieses Jahr immer in Zusammenhang mit der von der COVID-19-Pandemie gesehen werden. Der Coronavirus ist wie ein globales Erdbeben. Ein halbes Jahr, nachdem die WHO die Pandemie im März ausgerufen hat, sind wir immer noch nicht in der Lage, die Folgen nicht nur für die Gesundheit und das Leben zu identifizieren. Das Gleiche gilt für die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ökologischen, philosophischen und kulturellen Folgen in der ganzen Welt. Die Covid-19-Pandemie hat alles verschlechtert, und zumindest kurzfristig gibt es keine Anzeichen dafür, dass dies sich ändern wird.

In Spanien, einer der am stärksten von der Krankheit betroffenen Staaten unseres Planeten, ist die Pandemie wie eine Bombe eingeschlagen, die unser Land in eine vielfältige Krise mit äußerst schwerwiegenden Folgen getaucht hat, obwohl wir immer noch nicht das ganze Ausmaß der Krankheit und ihrer Folgen sehen können. Die Krise ist total und wir können sie nur aus verschiedenen Perspektiven und einer multidisziplinären Vision angehen. Zu den Krisen, die eine direkte Folge der Pandemie sind, wie die der Gesundheit oder der Wirtschaft, die sich aufgrund der Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität wegen der verschiedenen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zugespitzt hat sowie die soziale Krise als Folge des wirtschaftlichen Niedergangs, ist es notwendig weitere Krisen hinzuzufügen, die eine klare spanische strukturelle Komponente und andere Besonderheiten aufweisen.

Der Coronavirus ist wie ein globales Erdbeben. Ein halbes Jahr, nachdem die WHO die Pandemie im März ausgerufen hat, sind wir immer noch nicht in der Lage, die Folgen nicht nur für die Gesundheit und das Leben zu identifizieren. Das Gleiche gilt für die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ökologischen, philosophischen und kulturellen Folgen in der ganzen Welt.

In diesem Sinne haben wir in der Reihe von Artikeln, die wir in diesem Jahr veröffentlicht haben, auf einige sich immer wiederholende Probleme hingewiesen, die für das spanische gesellschaftspolitische System typisch sind. Probleme, die sich durch die von der COVID-19 abgeleiteten Situation verschärft haben: Ein wenig diversifiziertes Wirtschafts- und Produktionsmodell mit einer starken Konzentration auf Sektoren mit einem geringen Mehrwert wie den Massentourismus und der Hotel- und Bauindustrie hat dazu geführt, dass der internationale wirtschaftliche Zusammenbruch Spanien stärker getroffen hat, als seine Nachbarländer. Auf der anderen Seite trifft sie eine Gesellschaft, die schon von dem Finanzcrash von 2008 besonders hart getroffen wurde, mit sehr hohen Quoten der Ungleichheit und einem besorgniserregenden Armutsniveau. Hinzu kommt, dass die ärmsten sozialen Schichten wieder am härtesten von der Krise getroffen werden, was zu noch mehr Armut führt.

Auf politischer Ebene musste die erste Koalitionsregierung Spaniens, die von der PSOE und Unidas Podemos gebildet wird, ihre Regierungspläne aufgrund der Pandemie erheblich ändern und der Situation anpassen. Wie wir in dieser Artikelserie aufgezeigt haben, erklärte die Regierungskoalition am 14. März zunächst den Alarmzustand und übernahm die volle Kontrolle der Maßnahmen gegen die Pandemie. Die Spannungen zwischen den Ministerien waren konstant und beide, teilweise entgegengesetzte Positionen traten offen hervor: die der linken Unidas Podemos und einiger Sozialist*innen und die einiger Sektoren der PSOE mit einer ausgesprochen neoliberalen Überzeugung. Der Regierung gelang es, einige soziale Maßnahmen mit dem sogenannten „sozialen Schutzschild“, nach harten und tiefen internen Debatten umzusetzen. Aber einige dieser Maßnahmen, wie das Mindesteinkommen ist nicht ganz umgesetzt worden und sie erreichen nicht alle verarmten Familien. Eine Tragödie.

Die Zentralisierung führte dazu, dass während des Alarmzustands die Kompetenzen in der Zentralregierung konzentriert wurde, was zur Reaktivierung der in unserem Land chronischen territorialen Spannungen im Parlament führte. Die Koalitionsregierung kann nicht ohne die parlamentarische Mehrheit verstanden werden, die die Regierungsbildung im Januar ermöglichte, zu der periphere nationalistische, unabhängige und regionalistische Parteien gehören. Die Haltung des Präsidenten Pedro Sánchez in den ersten Monaten der Pandemie führte zu neuen Spannungen in dieser multinationalen Mehrheit. Spannungen, die über das Parlament hinausgingen und außerhalb der Kammer zunahmen, vor allem in der Beziehung der Regierung zu den Präsident*innen der autonomen Gemeinschaften. In einem zweiten Moment der Pandemie, ab Mai/Juni, als der Alarmzustand beendet wurde, und die autonomen Gemeinschaften wieder die Kompetenzen während des Deeskalationsprozesses erhielten, wurden die Mängel der Administration einiger dieser autonomen Regierungen deutlich.



Pedro Sánchez bei einer Kontrollsitzung der Regierung im Parlament.
September 2020 (Foto: Moncloa)

Kurz gesagt, in diesen Monaten hat sich gezeigt, dass das derzeitige spanische territoriale Modell immer noch nicht ausgefeilt ist, um mit einer pluralistischen nationalen Realität auf komplexe Situationen zu reagieren.

Kurz gesagt, in diesen Monaten hat sich gezeigt, dass das derzeitige spanische territoriale Modell immer noch nicht ausgefeilt ist, um mit einer pluralistischen nationalen Realität auf komplexe Situationen zu reagieren.

Es ist weder ein zentralistischer noch ein föderaler Staat. Und zentripetale und zentrifugale Kräfte kollidieren an der allgegenwärtigen und widersprüchlichen territorialen Frage. Es mag den Anschein haben, dass der Coronavirus die territorial-nationale Krise an die zweite Stelle zurückgedrängt hat, aber ein kurzer Rückblick auf die Ergebnisse der Wahlen im Juli im Baskenland und Galizien zeigen, dass diese Krise immer noch offen ist. Im Baskenland werden seit den letzten Wahlen 52 von 75 Sitzen im Parlament von Vertretern der nationalistischen Parteien des Baskenlandes besetzt. In Galizien wurde die linke Unabhängigkeitspartei BNG die zweite Kraft und erhielt 19 Abgeordnete, während sie in der letzten Legislatur nur 6 Abgeordnete hatte. In Katalonien werden in den kommenden Monaten Wahlen abgehalten. Trotz der internen Streitigkeiten innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung nach dem Zyklus von 2017 zeigen die Umfragen, dass die verschiedenen nationalistischen Parteien wieder eine absolute Mehrheit erreichen werden.



Die rechten und die rechtsextremen Parteien haben sich in diesen Monaten radikalisiert und haben die Koalitionsregierung zum Ziel ihrer Angriffe gemacht. PP und Vox, zweite und dritte politische Kraft im Parlament, sahen in der Pandemie und der daraus abgeleiteten Krise die Gelegenheit, die Regierung zu stürzen, häufig mit undemokratischen Strategien. Diese Haltung der rechtsextremen Sektoren hätte sich nicht aufrechterhalten können, wenn die Medien, die hauptsächlich in Madrid ansässig sind, sich nicht für die Kommunikationsstrategien von Trump entschieden und eine neoliberale und zentralistische Offensive gestartet hätten, die die

Förderung eines Staatsstreichs nicht ausschloss und so einen Nährboden für das Wachstum der extremen Rechten geschaffen haben.

Eine extreme Rechte, die in Spanien noch an die faschistische Sozialisation gebunden ist, die noch in einigen Bereichen der Gesellschaft verankert ist, insbesondere in den wirtschaftlichen, politischen, juristischen und Medieneliten Madrids. Hier ist es notwendig, auf die Verfolgung und Belästigungen aufmerksam zu machen, unter der linke und unabhängige Politiker*innen leiden. Der auffälligste Fall ist der des zweiten Vizepräsidenten der Regierung und Generalsekretärs von Podemos, Pablo Iglesias, und der Ministerin für Gleichstellung, Irene Montero. In der Nähe ihres Wohnhauses versammeln sich seit Monaten täglich faschistische Gruppen, um sie - bisher ungestraft - zu beleidigen. Diese facettenreiche Krise hat auch ihre institutionelle Komponente: Es handelt sich um Institutionen, die vor fast einem Jahrzehnt, als die 15M-Bewegung ausbrach, bereits unter Verdacht standen. Einer der Slogans war damals: "Sie vertreten uns nicht." Die Monarchie befindet sich derzeit in ihrem schlimmsten Moment seit dem Wechsel des Staatsoberhauptes. König Juan Carlos I. floh im letzten August aus Spanien aufgrund von Skandalen, die auf mutmaßliche Delikte wie Erhalt illegaler Kommissionen, Steuerbetrug oder Geldwäsche hinweisen. Nach mehreren Tagen in einem unbekanntem Aufenthaltsort wurde veröffentlicht, dass er von der Diktatur der Vereinigten Arabischen Emirate aufgenommen worden sei.

Letztendlich sucht eine ethische Krise den spanischen Staat heim und ihre Folge könnte eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik sein, ein Trend, der laut den Umfragen des öffentlichen Umfragezentrums (CIS) seit Monaten auf dem Vormarsch ist und der Monster hervorbringen kann, die wir bereits kennen.

Die institutionelle Degradierung Spaniens, zusätzlich zur Krise der Monarchie, zeigte sich sehr deutlich in den letzten Tagen an einem anderen Fall. Neue Enthüllungen über die politische Polizei, die mutmaßlich vom ehemaligen Innenminister Jorge Fernández Díaz von der PP geschaffen wurde. Ein Fall, der direkt auf den vorherigen Regierungspräsidenten Mariano Rajoy verweist. Der Einsatz von Agenten der Nationalen Polizei für die Spionage gegen den ehemaligen Schatzmeister der PP, Luis Bárcenas, der Informationen über die illegale Finanzierung der Partei hatte, hat den Alarm ausgelöst. Die politische Polizei hat auch politische Rivale wie die katalanische Unabhängigkeitsbewegung oder Podemos ausspioniert.



Luis Bárcenas, ehemaliger Schatzmeister der PP, Januar 2017 im Obersten Gerichtshof
(Foto: EFE – Emilio Naranjo)

Die Tatsache, dass die wichtigste Partei der Opposition nicht in der Lage ist, sich von ihrer Geschichte der Korruption und Instrumentalisierung der Ressourcen des Staates, zu ihrem eigenen Vorteil zu lösen, ist ein Symptom für den Verfall der spanischen Institutionen. Die Tatsache, dass es Sektoren der Polizei gibt, die an diesen mafiaähnlichen Praktiken teilgenommen haben, distanziert die spanische Demokratie von den Demokratien der Nachbarländer. Dass die Partei, die die Opposition anführt, die PP, weiterhin die Erneuerung des Generalrates der Justiz blockiert, eine Einrichtung, die Richter für relevante Positionen in der Justiz ernannt und deren Mandat vor etwa zwei Jahren abgelaufen ist, ist ein weiterer Beweis dafür, dass die rechten Parteien Spaniens über ausreichende Mechanismen verfügen, um einen Machtverlust zu vermeiden, selbst wenn sie die Wahlen verlieren.



Sitzung der Kommission zur Verfolgung des Coronavirus. Montag, dem 14.09.20
(Foto: Moncloa)

Es wird deutlich, dass der spanische Staat auf einen Abgrund zusteuert und nicht weiß wo der Ausweg ist. Mehrere gleichzeitige Krisen, die sich auch im Gemütszustand der Gesellschaft widerspiegeln, die bestenfalls sieht, dass ihre Referenten nicht ihre Erwartungen erfüllen (bei den ärmeren Schichten könnte es die Regierung mit dem Mindesteinkommen sein) oder wie die Parteien einfach den Staat und seine Institutionen im Zusammenhang mit der Korruption missbraucht haben (wie das Verhalten der Monarchie und die Fälle

der PP, und es ist noch nicht alles ans Tageslicht getreten). Letztendlich sucht eine ethische Krise den spanischen Staat heim und ihre Folge könnte eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik sein, ein Trend, der laut den Umfragen des öffentlichen Umfragezentrums (CIS) seit Monaten auf dem Vormarsch ist und der Monster hervorbringen kann, die wir bereits kennen. Die politische Dynamik hat ihren eigenen Rhythmus und scheint sich zunehmend von der dramatischen Situation eines Großteils der Gesellschaft abzuwenden. Und all dies wird durch die sich verschlechternde gesundheitliche Situation der COVID-19-Pandemie noch verschärft.

Die Ansteckungen steigen erneut an. Einige autonome Gemeinschaften haben ihre Funktionen vernachlässigt, und haben weder Tracker eingestellt noch die medizinische Grundversorgung gestärkt. Die Zentralregierung hat das Problem an die autonomen Gemeinschaften weitergegeben und hat nicht reagiert, als einige von ihnen, wie im Fall der autonomen Gemeinschaft von Madrid, ihre Befugnisse und Verpflichtungen im Kampf gegen die Pandemie nicht umgesetzt haben. Der Druck auf die Krankenhauskapazität aufgrund der Zunahme der Einweisungen mit COVID-19 ist bereits gravierend, der Druck auf die Intensivstationen hat ebenfalls erheblich zugenommen. Das Gesundheitspersonal reagiert müde und unzufrieden auf die neue Welle der Pandemie, da es sich noch nicht von der COVID-19-Welle des letzten Frühlings erholt hat.

Die wachsende Epidemie, in der die Versammlungsfreiheit auf eine geringe Anzahl von Menschen beschränkt worden ist und die Angst vor Ansteckung weiterhin besteht, hat dazu geführt, dass die soziale Mobilisierung in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist. Wenn wir die Sommerperiode hinzufügen, können wir nur einige hoffnungsvolle konkrete Mobilisierungen hervorheben. Als Juan Carlos I. am 3. August aus dem spanischen Hoheitsgebiet floh, gab es an den folgenden Tagen in verschiedenen Städten des Staates einige kleinere Kundgebungen. Der Beginn des Schuljahres hat auch die Forderungen



#HuelgaEducativa18S (Schülerstreik 18 Sept.)
(Quelle: Twitterprofil der Schülergewerkschaft in Aragon @SdE_Aragon)

von Lehrer*innen, Schülern und anderen Mitgliedern der Bildungsgemeinschaft, die in der ‚Marea Verde‘ (eine Bürgerinitiative von Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen) und in Gewerkschaften organisiert sind, in den Mittelpunkt gerückt. In verschiedenen autonomen Gemeinschaften sind Streiks von Schüler*innen und Lehrer*innen organisiert worden. Aber auch das Gesundheitspersonal wird, wie in Madrid, in den kommenden Wochen in den Streik treten. Insbesondere das Personal der medizinischen Grundversorgung.

Nach dieser allgemeinen Einführung in die allgegenwärtige Krisensituation, in der sich der spanische Staat befindet, werde ich einige ihrer wichtigsten Elemente tiefer analysieren. Die Koalitionsregierung steht in den kommenden Wochen vor einer ihrer größten Herausforderungen: den Staatshaushalt im Szenario eines enorm fragmentierten Parlaments Kongresses zu verabschieden. Dieser muss verabschiedet sein, damit die 140 Milliarden Euro des Europäischen Sanierungsfonds nach Spanien kommen. Davon sind 72 Milliarden Euro direkte Hilfe, die auf dem Europäischen Gipfel am 22. Juli genehmigt wurde. Der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau ist das wichtigste politische Ziel in dem Kontext der hier beschriebenen generalisierten Krise.

Krise der Monarchie

Am 18. März, als der Alarmzustand schon ausgerufen und eine strenge Ausgangssperre verordnet worden war, fanden im ganzen Staat Protestaktionen mit Kochtöpfen statt. Von den Balkonen aus protestierte ein Teil der Bürger*innen gegen die Monarchie. Die Nachrichten berichteten über die mutmaßliche Korruption und Steuerhinterziehung von Juan Carlos I., Vater des derzeitigen Staatsoberhauptes Felipe VI. Am 15. März, einen Tag nach der Erklärung des Alarmzustands, in einem der schwierigsten Momente der Gesundheitskrise und der humanitären Tragödie,

veröffentlichte das Königshaus eine Erklärung, in der der aktuelle König auf das Erbe seines Vaters verzichtet und ihm die wirtschaftliche Zuweisung zurückgezogen hat. Felipe VI. wusste schon vor über einem Jahr, dass sein Vater ihn zum Erben einer Offshore-Stiftung in Panama, Lucum, ernannt hatte, und er hat die ganze Zeit geschwiegen bis zu diesem tragischen Moment für die Spanier. Vielleicht in der Hoffnung, dass die mutmaßlichen Delikte seines Vaters und sein Schweigen unbemerkt bleiben würden.



Mauerbild des Künstlers J.Warx im Stadtteil Benimaclet, Valencia (Quelle: Instagramprofil @j.warx)

In den letzten Jahren befassten sich die meisten Nachrichten über die Monarchie mit mutmaßlichen Liebhaberinnen oder der Korruption des abgetretenen Königs. In diesem Sommer hat Juan Carlos I. den Moment genutzt, an dem die Spanier*innen sich entspannen und viele Journalist*innen ihren Urlaub genießen, um klammheimlich aus dem Land zu fliehen. Das Königshaus kündigte am 3. August an, dass der abgetretene König Spanien verlassen habe, aber bis zum 17. August, zwei Wochen später, gab das Königshaus nicht bekannt, wo er sich befand, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, geschützt von einer Diktatur, die immer von internationalen Organisationen wegen systematischer Verstöße gegen die Menschenrechte, insbesondere gegen Frauen angeprangert wird. Seitdem genießt er dort die vom spanischen Staat bezahlte Sicherheit. Niemand weiß, ob er nach Spanien kommen wird, wenn die spanischen Gerichten ihn auffordern, über die Fälle auszusagen, die untersucht werden. Jedenfalls ist derzeit Juan Carlos I. aus dem öffentlichen Leben verschwunden.

In den letzten Jahren befassten sich die meisten Nachrichten über die Monarchie mit mutmaßlichen Liebhaberinnen oder der Korruption des abgetretenen Königs.

Der Oberste Gerichtshof könnte ein Verfahren gegen ihn, seine Ex-Geliebte Corinna Larsen und sechs weitere Personen auf Anklage von Izquierda Unida (IU) und der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) wegen mutmaßlicher Begehung von bis zu 13 Delikten einleiten. In der Zwischenzeit schreitet die Sache in der Schweiz weiter voran, und dank der Schweiz und Larsens Aussagen sowie der Recherchen ausländischer Medien erfahren wir im spanischen Staat von den mutmaßlich illegalen Praktiken der Bourbonen.



Corinna Larsen und Juan Carlos I (Foto: Archiv)

Praktiken, die Monarchist*innen beschämen und Republikaner*innen dazu anregen, der parlamentarischen Monarchie ein Ende zu setzen, die in diesen Jahrzehnten ihre Tätigkeit auf Opazität und Einschränkung der Befugnisse des Staates zu ihren Gunsten gestützt hat.

Politisch sind diese Nachrichten wie ein Erdbeben eingeschlagen, sie haben die Krise der spanischen Institutionen weiter verschärft. Parteien, die eine Republik anstreben, haben erfolglos eine Untersuchungskommission des Parlaments zu diesem Thema beantragt. Die PSOE hat erneut als Hauptakteur fungiert, um das System, das 1978 bei der Wende eingeführt wurde, zu stützen, und hat sich der PP und der extremen Rechten von VOX angeschlossen, um jegliche Ermittlungen im Parlament diesbezüglich zu stoppen. Der Präsident der Regierung und Generalsekretär der PSOE, Pedro Sánchez, sandte im August, nach der Flucht des abgetretenen Königs, einen Brief an die Parteimitglieder und sagte darin, dass es nicht an der Zeit sei, den oben genannten Verfassungspakt von 1978 in Frage zu stellen, vor allem nicht die parlamentarische Monarchie. Die PSOE und die anderen Unterstützer*innen der Monarchie versuchen, mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Fälle, die Juan Carlos I. mit Steuerhinterziehung und Geldwäsche verbinden, auf Felipe VI übergreifen. Schwieriges Unterfangen, da der einzige Grund, warum Felipe VI. derzeit Staatsoberhaupt ist, darin besteht, dass er der Sohn von Juan Carlos I. ist.



Pablo Iglesias, Ada Colau und Alberto Garzón, in einer Kundgebung mit einer republikanischen Fahne (Foto: EFE)

Dies rief neue interne Spannungen in der Koalitionsregierung hervor. Unidas Podemos, mit Vizepräsident Iglesias an der Spitze, hat nicht gezögert, die Reise des abgetretenen Königs, als "Flucht" zu bezeichnen und hat sich nach einigem Zögern für die Ermittlungen im Kongress entschieden. Unidas Podemos und die Parteien, aus denen diese linke Fraktion besteht, sind offen republikanisch, aber sie glauben nicht, dass jetzt der Moment gekommen sei, diese Krise zu vertiefen, sondern der Verbesserung der sozialen

Bedingungen der am härtesten betroffenen Bevölkerung in einer Zeit der wirtschaftlichen und sozialen Krise die Priorität einzuräumen.

Trotzdem fordert die Fraktion von Unidas Podemos im Parlament, dass das staatliche Meinungszentrum CIS eine Umfrage zu diesem Thema durchführt, da es seit mehreren Jahren nicht mehr nach der Meinung der Bevölkerung über die Monarchie gefragt hat. Die Mobilisierungen gegen die Monarchie sind trotz deren Probleme nicht massenhaft gewesen, es könnte daran liegen, dass IU und PCE (Mitglieder von Unidas Podemos) in der Regierung sind und die Mobilisierungen der Republikaner nicht wie traditionell fördern. Aber es gibt eine Initiative von 16 unabhängigen Medien, die nach dem Erreichen der erforderlichen Mittel mit einem Crowdfunding die bislang größte Umfrage über die



Bild der Kampagne #EncuestaMonarquía (Umfrage Monarchie) der Plattform unabhängiger Medien.

Monarchie durchführen werden, um die öffentliche Meinung über dieses Thema zu kennen. Direktorin der Umfrage wird die renommierte Soziologin Belén Barreiro sein, ehemalige Präsidentin des CIS. Die Monarchie ist ein Thema, das die institutionelle Krise deutlich macht. Ein weiteres Element in der vielfältigen Krise, die den spanischen Staat plagt.

Ein neuer Staatshaushalt

Die Verhandlungen über den allgemeinen Staatshaushalt sind, wie gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben der Koalitionsregierung in den kommenden Wochen und Monaten. Es ist das erste Mal, dass es eine Koalitionsregierung mit einem Ministerrat gibt, in dem verschiedene Parteien vertreten sind, was dazu führt, dass die Unterschiede in Bezug auf die öffentlichen Gelder im Mittelpunkt stehen. Zwei politische Projekte müssen bei der Ausarbeitung des Haushalts zusammenlaufen und später in einem sehr fragmentierten Parlament Unterstützung suchen. Die Regierungskoalition verfügt über 155 Abgeordnete, die absolute Mehrheit beträgt 176 Abgeordnete.

Die Bedeutung dieses Staatshaushalts wird von verschiedenen Themen bestimmt. Erstens hat der spanische Staat sie nicht erneuern können, da die verschiedenen Regierungen seit 2018 nicht die notwendige Unterstützung erhalten haben. Der Haushalt, den der ehemalige PP-Finanzminister Cristóbal Montoro erstellt hat, ist immer noch in Kraft. Es ist klar, dass dieser Haushalt veraltet ist, da er die aktuelle Situation der Pandemie sowie der wirtschaftlichen und sozialen Krise nicht berücksichtigt. Darüber hinaus sollte nach der Genehmigung der europäischen Sanierungsfonds im Juli der neue Haushalt als Basis für diese Fonds dienen, ein weiterer Grund, sie zu aktualisieren. Politisch wird der von der Koalitionsregierung erzielte allgemeine Staatshaushalt von hoher Relevanz sein, da er, wenn er im Parlament die notwendige Mehrheit erreicht, einige Jahre verlängert werden kann, so dass Koalitionsregierung die gesamte Legislatur standhalten könnte. Darüber hinaus wird mit dem Haushalt entschieden, wie der Wiederaufbau des Landes aussehen wird, um aus der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Krise herauszukommen. Der jetzt gültige Haushalt wurde von einer konservativen Regierung beschlossen, und der neue Haushalt soll einen fortschrittlichen Charakter haben.

Dies hat bereits zu verschiedenen Kontroversen im Ministerrat geführt. Die Regierung kann, um die parlamentarische Mehrheit für den Haushalt zu bekommen, nach links (die Mehrheit der Wahl der Koalitionsregierung) oder nach rechts (Ciudadanos) schauen. Der von der PSOE geführte Wirtschaftssektor der Regierung hat begonnen mit Ciudadanos zu verhandeln, bevor er die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner Unidas Podemos abgeschlossen hatte, was zu wütenden Protesten in den linken Reihen führte. Jetzt verhandeln sie einen gemeinsamen Staatshaushaltsplan von PSOE und Unidas Podemos, um den Staatshaushalt so schnell wie möglich im Parlament debattieren zu können.



Der spanische Präsident Pedro Sánchez begrüßt den Sprecher der ETRC-Fraktion im Parlament, Gabriel Rufián (Foto: Moncloa)

Unidas Podemos möchte den Staatshaushalt mit den Parteien beschließen, die die Bildung der Koalitionsregierung möglich gemacht haben. Nach den Worten von Iglesias würde diese Mehrheit

eine neue „Staatsführung“ bilden, die das Projekt des spanischen Staates für die nächsten fünf Jahre leiten würde. Die Beteiligung an der Erstellung des Haushalts von Parteien wie den baskischen Nationalisten und den katalanischen, baskischen und galizischen Unabhängigkeitsparteien sowie ihre Einbindung in diese „Staatsführung“ würde daher auch die Möglichkeit bieten, eine Lösung der Territorialkrise aus einer plurinationalen Sicht zu finden. Die nächsten Wahlen in Katalonien, die in den kommenden Monaten stattfinden werden, erschweren die Unterstützung von ERC (linke Unabhängigkeitspartei in Katalonien) bei dieser Abstimmung, da die Partei in den internen Streitigkeiten der Unabhängigkeitsbewegung eine übermäßige Nähe zum Staat vermitteln könnte. Das Dilemma, mit dem die ERC konfrontiert ist, kann im spanischen politischen Tanz der kommenden Zeit von entscheidender Bedeutung sein: Realpolitik oder Ruptur mit dem „Regime von 78“.

... da die verschiedenen Regierungen seit 2018 nicht die notwendige Unterstützung erhalten haben, ist der Haushalt immer noch in Kraft. Es ist klar, dass dieser Haushalt veraltet ist, da er die aktuelle Situation der Pandemie sowie der wirtschaftlichen und sozialen Krise nicht berücksichtigt.

Es sei darauf hingewiesen, dass ERC sich bei der Wahl des Präsidenten der Stimme enthielt, dadurch ermöglichte die Partei die Bildung der Koalitionsregierung. Die Stimmenthaltung kam nach einer Vereinbarung über den Beginn eines bilateralen Dialogs zwischen der Zentralregierung und der Regierung der autonomen Gemeinschaft Katalonien, um eine politische Lösung für das territoriale Problem zu suchen. Die beiden Präsidenten Sánchez und Joaquim Torra trafen sich am 6. Februar in Barcelona. Aber seit dem Ausbruch der Pandemie, haben sie sich nicht mehr getroffen. Am 3. September empfing der Präsident der Regierung den Parlamentssprecher von ERC, Gabriel Rufián, der danach erklärte, dass beide Regierungen in den kommenden Tagen den Dialog wiederaufnehmen würden. ERC, die bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen in Katalonien erhielt, hat den Dialog mit dem Staat zu einer ihrer wichtigsten politischen Forderungen gemacht. Es könnte sein, dass ERC, wenn die Regierung zeigt, dass sie einen festen Willen für den Dialog hat, beschließt, den Haushaltsplan der spanischen Regierung zu unterstützen, und eine neue Phase in der Beziehung Kataloniens zum Rest des Staates einzuleiten.



Pedro Sánchez empfängt am 02.09.20 die Vorsitzende von Ciudadanos, Inés Arrimadas
(Foto: Moncloa)

Die Alternative, die von einigen Sektoren der PSOE bevorzugt wird, besteht darin, die Unterstützung für den Haushaltsplan bei Ciudadanos zu suchen. Die Partei hat versucht, seit sie von Inés Arrimadas geleitet wird, sich in einigen Fragen der PSOE anzunähern, um nicht in den gleichen Topf wie PP und VOX geworfen zu werden. Diese Annäherung zwischen PSOE und Ciudadanos, einer Formation, die in die europäische liberale Familie integriert ist, aber eine starke spanisch-

nationalistische Komponente hat, könnte nun umfassender werden. Ciudadanos regiert mit der PP und der externen Unterstützung von VOX in drei autonomen Gemeinschaften, Madrid, Andalusien

und Murcia, sowie in vielen Gemeinden. Die PSOE war die am meisten gewählte Kraft in diesen drei Regionen. Wenn Ciudadanos ihre Bündnisse ändern würde, könnte sich ein PSOE-Ciudadanos-Block in verschiedenen Territorien bilden. Derzeit hat die PSOE Ciudadanos die Präsidentschaft der Autonomen Gemeinschaft Madrid angeboten, wenn sie einen Misstrauensantrag gegen Isabel Díaz Ayuso, die derzeitige Präsidentin von Madrid (PP), unterstützt. Der Vizepräsident von Madrid gehört Ciudadanos an.

Aus all diesen Gründen steht in der Haushaltsdebatte mehr auf dem Spiel als die jährlichen öffentlichen Ausgaben. Die PSOE, die eine anhaltende Tendenz hat, nach rechts zu schauen, hat das Gegengewicht von Unidas Podemos, und sie braucht UP um in Spanien regieren zu können. Und letztendlich wird dieser Haushalt einen Horizont expansiver Wirtschaftspolitik oder die Rückkehr zum neoliberalen Weg bedeuten, um die neue Wirtschaftskrise zu überwinden.

Andere Diskrepanzen in der Koalitionsregierung

Wie ich in den anderen Artikeln dieser Reihe beschrieben habe, treten seit dem Amtsantritt der Koalitionsregierung im Januar die Unterschiede zwischen den Regierungspartner*innen, PSOE und Unidas Podemos ans Tageslicht. Innerhalb der PSOE-Minister*innen gibt es auch Diskrepanzen zwischen den Sektoren, die eine sozialdemokratische Politik verfolgen und den Sektoren, die eine neoliberale Politik vorziehen, mit der Wirtschaftsministerin und Vizepräsidentin Nadia Calviño an der Spitze. Diese Differenzen sind in persönlichen Treffen zwischen Sánchez und Iglesias, die Führer der Koalitionsparteien, gelöst worden. So erreichen sie kommunikativ verschiedene Bereiche der Gesellschaft, von der alternativen Linken bis hin zu einem Sozialliberalismus, und trotz der scheinbaren Uneinigkeit handelt die Regierung im Einklang.

Diese internen Diskrepanzen waren während des Alarmzustands aufgrund der Maßnahmen des "sozialen Schutzschildes" sehr auffällig und sind in den letzten Wochen wieder aufgetreten, nicht nur weil unterschiedliche Meinungen darüber bestehen, wessen Unterstützung für die Haushaltspläne gesucht werden soll, ERC oder Ciudadanos. Es gibt andere wichtige Fragen bei denen es große Differenzen gibt. Dies sind unter anderem die Arbeitsreform, der große Bankzusammenschluss (Bankia und CaixaBank), das Einfrieren der Beamtengehälter, die nächste Erhöhung des interprofessionellen Mindestlohns oder die Verlängerung des Rentenalters.

"die Regierung nicht so links ist, es fehlt ihr der politische Wille, um die Arbeitsreform zu eliminieren".
(Pepe Álvarez,
Generalsekretär von UGT).



Pepe Álvarez in einem Sitzungszimmer der Gewerkschaft UGT im Baskenland
(Foto: elnortedecastilla.es)

In der Regierungsvereinbarung zwischen PSOE und Unidas Podemos steht, dass sie „die Arbeitsreform von 2012“ aufheben wollen, die die Regierung von Rajoy (PP) verabschiedet hatte. Im Mai gab es eine Kontroverse, als die PSOE mit EH-Bildu über die Erneuerung des Alarmzustands verhandelte, verpflichtete sich die PSOE die Arbeitsreform aufzuheben, aber einige Stunden später korrigierten die Sozialist*innen diese Position, was aus den Reihen von Unidas Podemos hart

kritisiert wurde. Darüber hinaus üben die großen Gewerkschaften Druck aus. Dies ist der Fall bei der UGT, die historisch mit der PSOE verwandt ist und deren Generalsekretär Pepe Álvarez kürzlich in einem Interview versicherte, dass "die Regierung nicht so links ist, es fehlt ihr der politische Wille, um die Arbeitsreform zu eliminieren".

Die mit der PSOE in der Regierung verbundenen Wirtschaftssektoren glauben nicht, dass der Moment gekommen sei, diese Aufhebung anzugehen, aber Unidas Podemos drängt darauf. Der Parlamentssprecher und Generalsekretär der PCE, Enrique Santiago, schrieb am 13. September in den sozialen Netzwerken: "Es ist die Zeit gekommen, die Arbeitsreform der Rajoy-Regierung abzubauen." Die Ziele waren "die Anerkennung der Reichweite der Manteltarifverträge, die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis der ‚falschen Selbständigen‘ und die Beendigung der Prekarität". Darüber hinaus warnte Santiago: "Wir werden auf viele Hindernisse stoßen, um diese Ziele zu erreichen." So wird es sein, es könnte einer der Höhepunkte der kommenden Diskrepanzen zwischen Regierungspartner*innen sein.

Ein weiteres wichtiges Thema der letzten Tage war die Ankündigung eines Bankzusammenschlusses zwischen zwei der großen spanischen Banken: CaixaBank und Bankia. Während die der PSOE nahestehenden Medien und die sozialistischen Führer sowie die rechten Parteien und Medien die Ankündigung begrüßten, gab es zunächst keine Reaktion aus den Reihen der linken Partei in der Regierung, aber nach einigem Zögern haben sie sich gegen diese finanzielle Konzentration gestellt. Es sei daran erinnert, dass Bankia, die das Resultat einer Fusion von Caja Madrid und Bancaja (Valencia) ist, infolge der letzten Finanzkrise mit öffentlichen Geldern gerettet wurde. Von einigen Sektoren der Linken war beabsichtigt, dass Bankia, da sie mit öffentlichen Geldern gerettet worden war, eine öffentlich-rechtliche Bank werden sollte, da es im spanischen Staat keine öffentlich-rechtliche Bank gibt, im Gegensatz zu anderen Ländern des europäischen Umfeldes.



Montage der Logotypen von Bankia und CaixaBank (Foto: eldebatedehoy.es)

Die neue Fusion ist ziemlich weit fortgeschritten und alles deutet darauf hin, dass sie in den kommenden Tagen geschlossen wird. Die drei größten Banken des Landes, Santander, BBVA und die Fusion Caixa + Bankia, würden fast 61% des Vermögens des Sektors akkumulieren, ein oligopolistisches Monster, das aus öffentlicher Sicht schwer zu handhaben ist und Nachteile für die Kund*innen haben wird, da sie weniger Angebote im schon jetzt hochkonzentrierten Finanzmarkt finden werden. Darüber hinaus würde nach Ansicht einiger Ökonomen die Fusion die Schließung von Bankfilialen mit Entlassungen oder vorzeitiger Pensionierung zur Folge haben. Die Schließung von Niederlassungen in Kleinstädten auf dem Land kann dazu führen, dass Unternehmen in größere Städte ziehen, in denen es Bankdienstleistungen gibt, und dies würde die Entvölkerung des ländlichen Raums weiter vorantreiben. Eine der größten gegenwärtigen Kluft im spanischen Staat besteht zwischen Land und Stadt, mit einem riesigen Gebiet mit einer sehr kleinen Bevölkerungsdichte und einem Mangel an Dienstleistungen, dem sogenannten *España vacía* (leeren Spanien). Übrigens ist das leere Spanien seit den Wahlen vom letzten November im Parlament mit einem Abgeordneten der Wahlgemeinschaft Teruel Existente vertreten, was eines der aktuellen Hauptprobleme widerspiegelt, das aus einer anderen Perspektive die Territorialkrise verschärft.

*Die neue Fusion, (...) würde bedeuten, dass die drei größten Banken des Landes, Santander, BBVA und die Fusion Caixa + Bankia, würden fast 61% des Vermögens des Sektors akkumulieren, ein oligopolistisches Monster, das aus öffentlicher Sicht schwer zu handhaben ist und Nachteile für die Kund*innen haben wird, da sie weniger Angebote im schon jetzt hochkonzentrierten Finanzmarkt finden werden.*



Demonstration von Rentnern vor dem Parlament um würdige Renten zu fordern. Oktober 2019 (Foto: rtve.es)

Am 10. September wachten wir mit einer interessanten Überschrift der Zeitung El País auf: "Die Regierung plant, das Gehalt der Beamt*innen im Jahr 2021 einzufrieren." Vielleicht war es ein Versuchsballon, um zu sehen, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert. Kurz darauf sprachen sich verschiedene Minister*innen über die Maßnahme aus. Der Verbrauchsminister, der Ökonom und Bundeskoordinator von IU, Alberto Garzón, bezeichnete die Maßnahme als "schwerwiegenden Fehler". Die erste Vizepräsidentin, die Sozialistin Carmen Calvo, bestritt, dass die Regierung diese Einfrierung in ihrer Agenda hätte. Aber die Wirtschaftsministerin Calviño und die Finanzministerin María Jesús Montero bestritten diese Möglichkeit nicht, und der Minister für soziale Sicherheit, José Luis Escrivá, ging noch weiter und sah diese Maßnahme als "logisch" an. Ein weiterer Streit innerhalb der Regierung, er wird in den kommenden Monaten auf der Tagesordnung stehen.

Der Minister für soziale Sicherheit gab kürzlich in einem Interview bekannt, dass die Regierung die Möglichkeit erwägt, die Verlängerung des Rentenalters zu erleichtern. Die Erleichterungen bestehen aus Prämien für Arbeitnehmer*innen, die länger als vorgeschrieben arbeiten wollen, derzeit zwischen 65 und 67 Jahren, aber auch durch Nachteile für Frührentner*innen. Darüber hinaus wurde die Idee einer Neuformulierung des Rentensystems ins Leben gerufen und die Tür zu privaten Pensionsplänen geöffnet. Diese Idee, die von der Regierungskoalition kam, drängte Unidas Podemos in eine defensive Position. Die PCE zum Beispiel, die zwei MinisterInnen in der Regierung hat, Garzón und die Arbeitsministerin Yolanda Díaz, reagierte mit einer Erklärung, gegen die Pläne von Escrivá und sprach sich für die Gewährleistung eines Rentensystems mit einem „fairen Steuersystem“ aus. In der Erklärung erinnerte die PCE Escrivá daran, dass sich sowohl PSOE als auch Unidas Podemos in der Regierungsvereinbarung zur Neubewertung der Renten gemäß den Schwankungen des jährlichen VPIs verpflichtet hätten.

Der jüngste Streit wird durch die Gerüchte in bestimmten Zeitungen ausgelöst, dass die Regierung erwägt, den interprofessionellen Mindestlohn im nächsten Jahr nicht anzuheben. Natürlich bestreitet Unidas Podemos das, da es eine ihrer Versprechen im Wahlprogramm war. Letztendlich gibt es innerhalb der Koalitionsregierung Hinweise auf einen ideologischen Streit darüber, wie man einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Krise begegnen kann, die, wie wir im spanischen Staat sehen, sehr vielfältig ist (politisch, institutionell, territorial...).

Die PSOE zeigt eine konstante Trägheit gegenüber der neoliberalen Orthodoxie und möchte die Sektoren staatlicher Macht, die eine uninationale Staatsauffassung haben zufriedenstellen. Unidas Podemos versucht, dieser Tendenz der stärksten Partei der Regierung entgegenzuwirken, ist sich aber bewusst, dass sie Eingeständnisse machen müssen, um später andere Sozialpolitiken beeinflussen zu können.

Die PSOE zeigt eine konstante Trägheit gegenüber der neoliberalen Orthodoxie und möchte die Sektoren staatlicher Macht, die eine uninationale Staatsauffassung haben zufriedenstellen. Unidas Podemos versucht, dieser Tendenz der stärksten Partei der Regierung entgegenzuwirken, ist sich aber bewusst, dass sie Eingeständnisse machen müssen, um später andere Sozialpolitiken beeinflussen zu können. Wie jedoch bei den Wahlen im Juli im Baskenland und in Galizien deutlich wurde, ist die Wahlunterstützung für die von Iglesias geführte Koalition dramatisch zurückgegangen. In Galizien waren sie in der vorherigen Legislatur die stärkste Oppositionspartei, und jetzt sind sie nicht mehr im galizischen Parlament vertreten. Im Baskenland erlitten sie auch eine Wahlniederlage. Die Glaubwürdigkeit von Unidas Podemos steht auf dem Spiel, und es wird davon abhängen, wie es UP gelingt, die Koalitionsregierung bei der Durchführung sozialer Maßnahmen zu beeinflussen, ob sie ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnt oder nicht. Bei der nächsten Haushaltsdebatte steht auch die Zukunft der Linken auf dem Spiel.